

PRESSEMITTEILUNG

HALTET INNE – Windkraft braucht Grenzen

Bündnis fordert sofortiges Moratorium: Schluss mit der maßlosen Überplanung Bayerns mit Windindustrieanlagen

München, Juli 2025 – Der Freistaat Bayern steht vor einem dramatischen Umbruch seiner Landschaft. Unter dem Deckmantel der Energiewende wird in nie dagewesenem Ausmaß Naturraum verplant, Wald geopfert und Lebensqualität gefährdet. Das neue Bündnis „**HALTET INNE – Windkraft braucht Grenzen**“, getragen von zahlreichen Bürgerinitiativen sowie Natur- und Landschaftsschutzvereinen, fordert deshalb ein **sofortiges Moratorium** für den Ausbau der Windkraft an Land – **ein politisches Innehalten, bevor unumkehrbare Fakten geschaffen werden.**

Der Anlass: Die Regionalplanung schreitet mit großer Geschwindigkeit voran, obwohl viele grundlegende Fragen noch unbeantwortet sind. Unverhältnismäßig viele Vorranggebiete für Windkraftanlagen (WKA) werden in Bayern ausgewiesen, ohne dass Umweltverträglichkeitsprüfungen, Fragen der Wirtschaftlichkeit oder Folgen für Mensch und Natur systematisch in die Bewertung einfließen.

Was aktuell geschieht, ist Maßlosigkeit mit staatlichem Siegel. Die bayerische Regionalplanung sieht vor, **1,8 % der Landesfläche** – rund **127.000 Hektar** oder **etwa 178.000 Fußballfelder** – für Windkraftvorranggebiete auszuweisen- allein in Bayern. Und schlimmer noch: **Etwa 80 % dieser Flächen liegen im Wald, weitere in Landschaftsschutzgebieten und Erholungsräumen.** Damit wird eines der sensibelsten und ökologisch wertvollsten Ökosysteme Bayerns, unser Wald, direkt zur Industriefläche erklärt – mit allen bekannten Folgen: Rodung, Bodenverdichtung, Zerschneidung von Lebensräumen, Verlust von Artenvielfalt, Erosion, Störung des Wasserhaushalts.

„Der Wald ist kein Industriegebiet!“, erklärt das Bündnis. *„Er ist Klimaregulator, Lebensraum und Erholungsraum zugleich – ihn ausgerechnet im Namen des Klimaschutzes zu opfern, ist ein tragischer Irrtum.“*

Die aktuell in den Windkraft-Gesetzen und Planungen der Regionen festgelegten Abstandsregelungen – wie etwa ein Abstand von 550 Meter zu den Windkraftanlagen von 280 Metern Höhe am Beispiel der Region 10 Ingolstadt – sind gegenüber der Landbevölkerung rücksichtslos und daher völlig inakzeptabel. Solche geringen Abstände gefährden die Lebensqualität und Gesundheit der Anwohner. Wir fordern deshalb eine gesetzlich verbindliche Festlegung der Mindestabstände für alle Planungsregionen nach dem Maßstab der Gesamtanlagenhöhe und der bewährten 10-H-Regel.

Eine Energiewende kann nur gelingen, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert, ökologisch tragfähig und ökonomisch vernünftig ist“, so das Bündnis. *„Was wir derzeit erleben, ist das Gegenteil: eine Planung unter Hochdruck, gesteuert durch politische Zielvorgaben.“*

Warum wir jetzt ein Moratorium brauchen:

- **Gesundheit:** Lärm und Bedrängung beeinträchtigen die Lebensqualität und Gesundheit vieler Anwohner.
- **Waldverlust:** Massive Rodungen und Zuwegungen zerstören gewachsene Waldlebensräume dauerhaft und gefährden den natürlichen Wasserhaushalt.
- **Artenschutz:** Windkraftanlagen gefährden Fledermäuse, Greifvögel, Insekten – viele davon stehen auf der Roten Liste.
- **Landschaftsbild: Windkraftanlagen** von 280 Meter Gesamthöhe sollen künftig weiträumig das Bild ganzer Regionen prägen und zerstören so unsere bayerische Kulturlandschaft
- **Wirtschaftlichkeit:** Die geplanten Projekte sind weder effizient noch nachhaltig, sondern überleben nur durch Subventionen. Bayern ist ein Schwachwindland. Für Betreiber von WKA/PVA in Deutschland wurden 2 Milliarden Euro in den letzten 4 Jahren wegen Abschaltungen durch Netzengpässe ausgezahlt. Auf der anderen Seite muss in Dunkelflauten der Strom überteuert aus dem Ausland bezogen werden. Alles das geht auf Kosten der Bürger.
- **Versorgungssicherheit:** Dunkelflauten und Hellbrisen gefährden zunehmend die Stabilität unseres Stromnetzes.
- **Demokratie:** Die betroffene Bevölkerung wird oft übergangen, kritische Einwände abgetan. Dadurch wird das Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse und in Verwaltungsverfahren empfindlich gestört.

Wir fordern: Schluss mit Planung im Blindflug!

- Ein sofortiges Moratorium für den weiteren Windkraftausbau
- Eine Energiewende auf Basis aktueller ideologiefreier und technologieoffener wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Bewertung
- Ausschluss von Wäldern und Schutzgebieten aus der Vorrangkulisse
- Rückkehr zur kommunalen Selbstbestimmung
- Das Bundesgesetz zum Windkraftausbau (WindBG) muss revidiert werden
- Eine offene und faire Debatte über Alternativen im Energiemix